EINSPRUCH

Wenn Gleichstellung zum Sparinstrument wird: Warum die aktuelle Familienpolitik der Bundesregierung eine feministische Gegenantwort braucht – ein Kommentar

Lilly Schön und Sophie Schwab

In Sonntagsreden wird von Mitgliedern der Bundesregierung gerne betont, wie wichtig es sei, Familien zu unterstützen und zu stärken. Der Koalitionsvertrag verkündet: „Wir stellen Familien in den Mittelpunkt, sorgen für gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, stärken die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen […]."

Und auch wenn im Koalitionsvertrag kein großer Wurf für mehr Gleichstellung innerhalb von Familien oder zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut zu finden ist, so werden doch einige wichtige Anliegen benannt: die Weiterentwicklung des Elterngeldes, die Zusammenführung von Familienpflegezeit und Pflegezeit, die Prüfung eines Familienpflegegeldes oder Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss.

Doch ein Jahr später zeigt sich: Die Realität sieht anders aus. Der Rotstift wird gespitzt, wichtige Leistungen für Familien, Kinder und Jugendliche drohen zusammengestrichen zu werden. Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe werden massiv beschnitten, das Wohngeld soll gekürzt, der Kindersofortzuschlag gestrichen werden. Beim Unterhaltsvorschuss sind für die Betroffenen dramatische Einschränkungen geplant, so soll der Anspruch für Kinder ab 16 Jahren entfallen, auch die Wiedereinführung einer maximalen Bezugsdauer war zwischenzeitlich in der Debatte. Die Reform der Pflegeversicherung sieht deutliche Verschlechterungen für pflegende Familien vor, für pflegende An- und Zugehörige – meistens Frauen – soll die rentenrechtliche Anerkennung empfindlich reduziert werden.

Die Sparmaßnahmen lassen sich aus dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2027 ablesen: Den teils drastischen Einsparungen im Gesundheits- und sozialen Bereich stehen Rekordausgaben für die Verteidigung gegenüber, zudem wird die Zinslast durch weitere Schulden auf absehbare Zeit enorm ansteigen. Man mag von Aufrüstung halten, was man will, klar aber ist: Der haushaltspolitische Druck auf Gleichstellungs- und Familienpolitik wird angesichts steigender Militärausgaben weiter zunehmen. Hier findet eine massive Umverteilung von Mitteln zulasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft und zugunsten kapitalistischer Interessen statt vgl. https://www.gwi-boell.de/de/2025/11/26/deutschland-fuersorge-statt-festungen.

Für Feminist*innen zeigt sich dabei ein Dilemma: Berechtigte gleichstellungspolitische Ziele drohen zum Werkzeug zu werden, um familienpolitische Kürzungen zu legitimieren.

Bestes Beispiel dafür ist das Elterngeld: Einerseits sollen die pro Elternteil reservierten Monate ausgeweitet werden – damit wird der langjährigen Forderung nachgekommen, einen Anreiz für mehr Väterbeteiligung zu setzen. Andererseits sollen aber die Elterngeld-Sätze, die seit 2007 nicht angehoben wurden, nur minimal angepasst werden. So können sich weiterhin nicht alle Familien einen längeren Elterngeldbezug des besserverdienenden Elternteils – meist des Vaters – leisten. Am gravierendsten ist jedoch, dass Familien künftig insgesamt zwei Elterngeldmonate genommen werden sollen. Der Aufschrei in der Öffentlichkeit ist nachvollziehbar groß.

Wir sehen diese Indienstnahme von gleichstellungspolitischen Maßnahmen für eine neoliberale (Kürzungs-)Agenda auch an anderer Stelle: Die Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung für Ehepartner*innen in der gesetzlichen Krankenversicherung wird von Feminist*innen seit langem gefordert. Denn sie leistet gemeinsam mit Ehegattensplitting und Minijobs einen Beitrag dazu, die alleinige Übernahme von unbezahlter Sorgearbeit für verheiratete Frauen scheinbar finanziell attraktiv zu machen - mit gleichzeitig negativen Folgen im weiteren Lebensverlauf. Ihre (nun abgeschwächte) Abschaffung[1] wird allerdings nicht flankiert von notwendigen Maßnahmen zur Umverteilung von Sorgearbeit oder durch Programme, die den (Wieder-)Einstieg von Frauen in gute Erwerbsarbeit fördern, insofern wird sie

[1] Die beitragsfreie Mitversicherung soll weiterhin gelten für mitversicherte Ehepartner*innen mit Kindern unter zwölf und solche, die pflegebedürftige Angehörige oder Kinder mit Behinderung pflegen. Es gelten noch weitere Ausnahmen.

vor allem als Angriff auf Sorgearbeitende wahrgenommen.

Eingebettet ist dies in eine Grundsatz-Debatte um Arbeitszeit, die vordergründig gleichstellungspolitische Argumente aufgreift: Insbesondere Frauen sollen mehr Erwerbsarbeit leisten, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Das wird auch mit der Stärkung ihrer wirtschaftlichen Eigenständigkeit begründet – ein wichtiges Ziel. Die notwendige Umverteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern bleibt allerdings aus – obwohl sie angesichts des bestehenden Gender Care Gaps die zentrale Voraussetzung dafür ist, dass Frauen ihre Erwerbstätigkeit entsprechend ihren Wünschen und Qualifikationen ausweiten können. Stattdessen dürfte die Belastung durch unbezahlte Sorgearbeit für viele Frauen weiter steigen. Dazu tragen sowohl die geplante Aufweichung der täglichen Höchstarbeitszeit – ausgerechnet begründet mit einer besseren Vereinbarkeit – wie auch die Kürzungen bei sozialen Leistungen bei siehe auch: https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/22313. Für viele Frauen bedeuten diese Anforderungen vor allem eines: mehr Druck. Nicht ihre Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt, sondern die Erfordernisse des Arbeitsmarktes – und das ausgerechnet im Namen der Gleichstellung.

Eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik wird so in den Dienst der Haushaltskonsolidierung genommen. Die Gefahr ist, dass damit gleichstellungspolitische Vorschläge insgesamt in Verruf geraten. In der Konsequenz könnte dies dazu führen, dass sich nun auch Frauen dem Rechtspopulismus zuwenden. Denn sie fühlen sich oftmals in ihren Lebensleistungen nicht gesehen und erleben die Familien- und Gleichstellungspolitik, die ihnen eigentlich das Leben erleichtern sollte, nur noch als Zumutung.[1]

Umso wichtiger ist es, eine feministische Gegenerzählung zu stärken, die sich gegen diese neoliberale Vereinnahmung wehrt. Das Patriarchat lässt sich eben nicht kapitalismusfreundlich abschaffen. Die feministische Agenda muss weiterhin die tatsächliche Abschaffung jeder Form von Unterdrückung und Diskriminierung beinhalten und ein gutes Leben für alle anstreben. Sie darf nicht bei der Verteidigung der bestehenden Errungenschaften stehen bleiben, geschweige denn der neoliberalen Vereinnahmung das Feld überlassen. Eine gerechte und vielfältige Zukunft müssen wir gegen kapitalistische Interessen durchsetzen. Dazu gehört auch, sich aus einem feministischen Blick in Haushaltsdebatten einzumischen und ganz klar zu sagen: Das Geld ist da, es muss nur richtig verteilt werden.

Stand: 13.08.2026

Zu den Autorinnen

Lilly Schön ist Volkswirtin und versteht sich als feministische Ökonomin. Als Referentin im Zukunftsforum Familie (ZFF) e.V. bearbeitet sie die Themen Zeitpolitik, Pflege und Vielfalt Familie. Zuvor war sie u.a. als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HTW Berlin für die *efas*-Geschäftsstelle zuständig.

Sophie Schwab ist studierte Sozialarbeiterin und Sozialwissenschaftlerin. Nach Stationen in der Jugendsozialarbeit, als Frauenbeauftragte, in der Verbandsarbeit der AWO und als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag leitet sie heute das Zukunftsforum Familie (ZFF) e. V. Der familienpolitische Fachverband engagiert sich für eine solidarische, vielfältige und gerechte Gesellschaft. Als Denkfabrik und Lobbyverband bringt das ZFF seine Perspektiven durch Stellungnahmen, Handlungsempfehlungen und im engen Dialog mit Politik, Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft ein.

[1] Ähnlich argumentiert auch Bettina Kohlrausch, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI), z.B. hier: https://www.surplusmagazin.de/elterngeld-kurzungen-bettinakohlrausch-prien-500millionen/